

Deutschland und der Ressourcenverbrauch: Bundesregierung unter Druck

Die Menschheit hat bereits jetzt alle erneuerbaren Ressourcen der Erde für dieses Jahr verbraucht. Der BUND fordert von der Bundesregierung effektive Maßnahmen zur

Reduzierung des Ressourcenverbrauchs. Ein Ressourcenschutzgesetz mit klaren Schutzziele und Sanktionen ist dringend notwendig, um die völkerrechtlich verbindlichen Klima- und Biodiversitätsziele zu erreichen.

Erfahren Sie mehr über die Bedeutung der Kreislaufwirtschaft und die Forderungen des BUND.



Globaler Erdüberlastungstag: Wir
müssen sparsamer wirtschaften!
BUND fordert ein

Ressourcenschutzgesetz

Am heutigen Donnerstag hat die Menschheit die erneuerbaren Ressourcen der Erde verbraucht, die uns rein rechnerisch gesehen für das gesamte Jahr zur Verfügung stehen. Es ist ein alarmierendes Zeichen für den Raubbau an unseren natürlichen Lebensgrundlagen. Besonders Industriestaaten wie Deutschland leben deutlich über ihre Verhältnisse und tragen erheblich zum Artensterben und der Klimakrise bei.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) fordert daher von der Bundesregierung rasche Maßnahmen, um den Ressourcenverbrauch deutlich zu senken und unseren Planeten zu schützen. Der Vorsitzende des BUND, Olaf Bandt, betont, dass Deutschland einen bedeutenden Anteil an der globalen Ressourcenverschwendung hat. Bergbau, Chemieindustrie und industrielle Landwirtschaft sind einige der Bereiche, die maßgeblich zum Problem beitragen. Es ist erfreulich, dass mit dem Entwurf für die Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS) ein erster Schritt in die richtige Richtung gemacht wurde. Nun ist es jedoch dringend erforderlich, diesen Entwurf zu verabschieden und verbindlich umzusetzen.

Eine Lösung liegt in der Einführung von mehr Suffizienz, weniger Ressourcenverbrauch und höhere Lebensqualität. Längere Haltbarkeit und bessere Reparaturmöglichkeiten für Produkte können sowohl der Umwelt als auch dem Geldbeutel zugutekommen. Mehrwegsysteme helfen dabei, Abfälle zu vermeiden und Ressourcen zu schonen. Dies schafft auch neue Arbeitsplätze und verringert die Abhängigkeit von Importen. Es ist jedoch notwendig, verbindliche Maßnahmen zu ergreifen, um diese Bereiche zu stärken. Zum Beispiel sollten bis 2045 flächendeckend Mehrwegsysteme im Verpackungsbereich etabliert sein. Es ist ein gutes Ziel, aber es fehlen wirksame Maßnahmen, um es zu erreichen.

Die NKWS beschreibt zwar die aktuellen Probleme, legt jedoch

keine konkreten Aktivitäten und Zuständigkeiten fest. Der BUND unterstützt das Ziel der Strategie, den Ressourcenverbrauch zu halbieren, begrüßt aber auch ambitioniertere Ziele. Es ist jedoch bedauerlich, dass keine Überarbeitung des rechtlichen Rahmens vorgesehen ist.

Der BUND fordert seit langem ein Ressourcenschutzgesetz mit klaren Schutzziele, einem Erreichungsjahr, Reduktionspfaden, Monitoring, Sanktionen und Berichtspflichten. Dieses Gesetz wird benötigt, um die völkerrechtlich verbindlichen Klimaschutz- und Biodiversitätsziele zu erreichen. Ein rechtlicher Rahmen ist dringend erforderlich, um klare Verantwortlichkeiten zu schaffen und echte Anreize für eine nachhaltige Wirtschaft zu schaffen. Die Bundesregierung muss im Rahmen der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie ein Ressourcenschutzgesetz auf den Weg bringen.

Deutschland braucht ein Umdenken

Die Tatsache, dass die Weltbevölkerung bereits im Sommer alle natürlichen Ressourcen verbraucht hat, die unser Planet innerhalb eines Jahres liefern kann, sollte uns zu einem Umdenken bewegen. Die Menschheit lebt für den Rest des Jahres auf Pump. Der Erdüberlastungstag kennzeichnet den Tag, an dem wir mehr Acker- und Weideland, Fischgründe und Wald beanspruchen, als rechnerisch zur Verfügung stehen. Gleichzeitig stoßen wir viel mehr CO₂ aus, als Wälder und Ozeane aufnehmen können. Die Weltbevölkerung benötigt derzeit 1,7 Erden, Deutschland sogar drei Erden.

Es ist dringend erforderlich, unseren Verbrauch von Energie und materiellen Ressourcen zu reduzieren. Dies erfordert langfristige Maßnahmen wie eine Ablösung des globalen Wirtschaftsmodells vom Wachstumsparadigma und die Schaffung neuer Leitbilder für Wohlstand. Um jedoch kurzfristig Impulse für diese Transformation zu setzen, benötigen wir ein Ressourcenschutzgesetz mit klaren Reduktionspfaden.

Zirkuläres Wirtschaften, das eine entscheidende Rolle bei der Reduktion des Ressourcenverbrauchs spielen kann, ist auch für resiliente Stoffströme von entscheidender Bedeutung. In diesem Bereich hat die Bundesregierung mit der Erarbeitung der NKWS einen positiven Schritt unternommen. Jedoch hat auch die Kreislaufwirtschaft ihre Grenzen, da Kreisläufe physikalisch nicht vollständig geschlossen werden können und primäre Rohstoffe nur teilweise durch sekundäre Rohstoffe ersetzt werden können. Daher muss sich die NKWS auf das übergeordnete Ziel der absoluten und signifikanten Senkung des primären Ressourcenverbrauchs konzentrieren.

Die Ampelkoalition hat es sich zum Regierungsziel gesetzt, den Verbrauch von nicht lebenden Primärrohstoffen bis 2050 um etwa ein Zehntel zu senken und bis 2030 ein Zwischenziel von 50 Prozent festzulegen. Um diese Ziele zu erreichen, ist es unerlässlich, ein Ressourcenschutzgesetz zu verabschieden, in dem diese Ziele verankert sind.

Mehr Informationen:

- BUND zum Thema Suffizienz
- BUND zum Ressourcenschutz und zur Forderung eines Ressourcenschutzgesetzes
- BUND-Stellungnahme zum Entwurf der NKWS
- BUND-Flyer mit Hintergründen zum Erdüberlastungstag
- BUND-Studie Black Box Chemieindustrie : Chemieindustrie als größter Verbraucher von Öl und Gas
- Kontakt: Moritz Böttcher, Referent für Rohstoff- und Ressourcenpolitik, Tel.: 030-27586334, E-Mail: moritz.boettcher@bund.net

Berlin

Besuchen Sie uns auf: mein-berlin.net